

# Internationale Wirtschaftspolitik, Europäischer Fortschritt und Soziale Balance: Optionen für eine rationale Reformagenda

*Prof. Dr. Paul J.J. Welfens*



**Award-winning  
Economics Research**

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, President of the European Institute for International Economic Relations at the University of Wuppertal Jean Monnet Professor for European Economic Integration; Chair for Macroeconomics, (Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal; +49 202 4391371), Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po, Paris; Research Fellow, IZA, Bonn; Non-Resident Senior Fellow at AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC

**EIIW** *Europäisches Institut für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal (EIIW ist ein privates An-Institut mit mehr 20 Jahren preisgekrönter Wissenschaft). Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po ([www.eiiw.eu](http://www.eiiw.eu)) [welfens@eiiw.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiiw.uni-wuppertal.de) Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal +49 202 4391371*

**2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung.**



**Wirtschaftspolitik Deutschland EU 2017 Juli (26.7.17)**

Prof. Welfens has testified before the US Senate, the German Parliament, the EP, the IMF  
[welfens@eiiw.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiiw.uni-wuppertal.de), [www.eiiw.eu](http://www.eiiw.eu) **EIIW2015= 20 years of award-winning research**

*Technoglobalisierung wichtig, mehr Innovationsförderung; Mehrwertsteuersenkung in Deutschland wünschenswert: -4% beim Steuersatz plus 1% Beitragssatzerhöhung bei der Rentenversicherung = rund 1% Erhöhung der Kaufkraft= Senkung der übermäßigen Exportüberschussquote. Soziale Marktwirtschaft in Europa mit Vorsprung bei Lebenserwartung und Kindersterblichkeit – Soziale Marktwirtschaft hat Argumente auf ihrer Seite und sollte weltweit forciert werden; auch durch globale Mindeststeuersätze, was von Deutschland/Frankreich-Initiative thematisch bei G20 einzubringen wäre. Privat-öffentliche Partnerschaften beim Hochschulbau wünschenswert; in der Eurozone sind Eurobonds bei nationaler und EU-seitiger Verfassungsverankerung einer Schuldenbremse sinnvoll; soziale Balance umsetzen*

**Zusammenfassung:** Die Wirtschaftspolitik Deutschlands ist nicht auf der Höhe der neuen globalen und europäischen Herausforderungen, wie sie von der Technoglobalisierung, der Digitalisierung, dem anhaltenden Aufstieg Chinas und auch vom BREXIT vermittelt werden; es fehlt unmittelbar eine Vorsorge der Wirtschaftspolitik auch gegen die nächste drohende Transatlantische Bankenkrise. Mehr Förderung von Innovation und Weiterbildung ist eine doppelte Aufgabe, wobei praktisch auch Defizite im Hochschulbau via PPP-Modell (private public partnership) angegangen werden könnten; und zwar auch im Interesse einer Verstärkung der wichtigen Reinvestitionen im Hochschulbau. Die seit 2011 übermäßig hohe Exportüberschussquote Deutschlands wird vom Bundesministerium der Finanzen passiv behandelt und angeblich kann man diese nicht senken – in 2016 immerhin 8,5% und damit im siebten Jahr über der EU-Obergrenze von 6%. Mit einer in etwa budgetneutralen Mehrwertsteuersatzsenkung plus Erhöhung des Rentenbeitragssatzes um 1% ließe sich die Exportüberschussquote senken; und in Verbindung mit deutlich höheren öffentlichen Investitionen auch nahe 6% bringen. Die Soziale Marktwirtschaft ist vielfach vorteilhaft: z.B. ist die Lebenserwartung in Deutschland und Frankreich zwei Jahre höher als in den USA, die Säuglingssterblichkeit dort ist wegen fehlender Schwangeren-Vorsorge-Untersuchungen höher als in den meisten EU-Ländern. Die Soziale Marktwirtschaft sollte auch bei der Globalisierung verteidigt bzw. weltweit exportiert werden – dabei ist eine solide Finanzierung der Sozialleistungen wichtig, inklusive vernünftiger Einnahmen aus der Körperschaftsbesteuerung. Deutschland bzw. die EU-Länder wären gut beraten, bei der G20 die Einführung von Mindeststeuersätzen zu fordern: Ohne solche Verabredungen ist Globalisierung nachhaltig wohl nicht möglich. Bei den BREXIT-Verhandlungen ist EU-seitig die Fortsetzung einer gemeinsamen Bankenaufsicht EU27/UK zu fordern, da sonst die nächste Bankenkrise auf ganz Europa längerfristig zukommen wird – wenn denn USA und UK, nach 2019, eine kombinierte übermäßige Deregulierung aufsetzten. Die Eurozone könnte ein eigenes Parlament bekommen und auch Eurobonds emittieren, aber nur im Kontext einer Schuldenbremse. Es wäre sinnvoll, das EU-Budget mittelfristig zu erhöhen und die digitale EU-Politik deutlich zu beschleunigen.

## Internationale Wirtschaftspolitik, Europäischer Fortschritt und Soziale Balance: Optionen für eine rationale Reformagenda

Die Wirtschaftspolitik-Debatte in Deutschland und der EU hat einige ernste Lücken, die man energisch angehen sollte, um mehr Wachstum und Stabilität in Deutschland und der EU zu erreichen sowie national und global mehr Chancengleichheit sicherzustellen. Die wichtigen Herausforderungen betreffen vor allem die global verschärfte Innovationskonkurrenz und die Frage, wie man in Europa eine Soziale Marktwirtschaft bei anhaltender Globalisierung ausgestalten und politisch international forcieren kann. Ein Teil der Fragestellungen bzw. Herausforderungen betrifft auch die G20-Ebene, die aus Sicht Deutschlands trotz der relativ starken Rolle Europas bislang kein Element zur Entwicklung einer globalen Marktwirtschaft ist – hier sind etwa internationale Mindeststeuersätze für Einkommen bzw. Gewinne zu fordern; auch wenn eine solche Forderung kontinentaleuropäischer Länder zunächst wohl nicht auf die politische Unterstützung etwa der USA und Großbritanniens hoffen kann. Auch stellt sich die Frage nach einem globalisierten Handel mit Emissionshandelszertifikaten – selbst wenn die USA nicht mitwirken sollten. Aber da China 2018 einen solchen nationalen Emissionshandel aufnimmt, gibt es neue Möglichkeiten für einen internationalisierten Emissionszertifikatehandel, etwa zwischen der EU und China (ähnlich wie Kalifornien einen solchen Handel mit Kanada aufgenommen hat). In Sachen BREXIT-Verhandlungen steht die EU vor historisch entscheidenden Weichenstellungen ([s. Welfens, P. \(2017a\), BREXIT aus Versehen; Heidelberg: Springer; 2017b An Accidental BREXIT, London: Palgrave](#)), insbesondere bei den Fragen nach einer weiterhin gemeinsamen Banken- bzw. Finanzmarktregulierung mit UK – hier geht es um das Verhindern der nächsten mittelfristigen Bankenkrise, und zwar durch - und nur durch - Vereinbarungen bei den EU-UK-Verhandlungen 2017/18 zum künftigen britischen EU-Binnenmarktzugang: Die Kommission ist hier historisch gefordert und hat die Thematik noch nicht auf ihrer Agenda. Schließlich wird man von Seiten Deutschlands klugerweise endlich über Maßnahmen zur Verminderung der übermäßig hohen Exportüberschüsse entscheiden müssen, da man nicht von EU-Partnern bzw. Ländern in der Eurozone das Einhalten von Regeln verlangen kann – etwa bei der Defizit- oder der Schuldengrenze für Mitgliedsländer -, während man gleichzeitig über viele Jahr immer gegen die 6%-Obergrenze bei der Außenbeitragsquote verstößt.

1. Mit dem ökonomisch anhaltenden Aufstieg Chinas in der Weltwirtschaft verschärft sich mittelfristig die globale Innovationskonkurrenz: umso wichtiger sind bessere Förderung von Forschung & Entwicklung und mehr gezielte technologieorientierte Neugründungen von Unternehmen; gerade auch im Umfeld von Hochschulen und Universitäten – national und EU-weit. **Der Bund sollte auch grenzüberschreitende Innovationsnetzwerke** künftig stärker unterstützen, da **Technoglobalisierung** ein wichtiger Zukunftstrend ist (siehe [www.eiiw.eu](http://www.eiiw.eu)). Technoglobalisierung heißt im Kern, dass Unternehmen auch ihre Forschungsaktivitäten internationalisieren. Da der gesellschaftliche Nutzen von Innovation oft höher als der Nutzen für das forschende Unternehmen ist, gibt es eine Begründung für Forschungsförderung. Mehr wissens- und innovationsintensive Produktion in der Zukunft verlangt dabei ergänzend auch **mehr Anstrengungen bei Bildung und Weiterbildung**. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Bildungsrendite bei der Weiterbildung von Ungelernten in etwa gleich hoch ist wie bei Qualifizierten. Aber oft fehlt es bei den Ungelernten an guten Vorbildern oder Prüfungsängste wirken als Barriere – **eine**

**verbesserte staatliche Informationspolitik in Sachen Weiterbildung und Modellprojekte** ist sinnvoll und der Bund wie die EU können sich hier (auch digital) engagieren.

2. **Um beim verschärften globalen Wettbewerb eine angemessene zukunftsfähige Spezialisierung in Deutschland zu erreichen, kommt den Hochschulen mit ihren Lehr- und Forschungsaktivitäten große Bedeutung zu – also auch dem vielfach vernachlässigten Hochschulbau im Immobilienbestand.** Die Erhöhung der öffentlichen Investitionen bzw. des Kapitalbestandes in den Bereichen Transport, Energie und Hochschulwesen ist – relativ zum Bruttoinlandsprodukt – tendenziell notwendig. Ein besonders wichtiger Punkt ist die Verstetigung des Hochschulbaus, inklusive der allzu oft von der öffentlichen Hand nur schubweise – in guten Einnahmehjahren – durchgeführten Reinvestitionen. Während der Politik viel öffentliches Lob für den Neubau von Straßen und Hochschulen zuteilwird, erscheint der mindestens so wichtige eher stille Reinvestitionsbereich als gesellschaftlich unterschätzt; obwohl er für langfristigen Wohlstand unerlässlich ist. Der Hochschulbau etwa wird in vielen Bundesländern bei den Reinvestitionen, also der Substanzerhaltung von Baukörpern, klein geschrieben und gelegentlich kommen Universitäten sogar unter Druck, über Drittmittel Reinvestitionsfinanzierung auf wenig strukturierte Weise zu improvisieren. In einer Zeit, in der bei verschärftem internationalen Technologie- und Standortwettbewerb der Quantität und Qualität auch der **Hochschulinfrastruktur große strategische Bedeutung zukommt, kann man über Modellprojekte zu Private-Public-Partnership (PPP)** – in einigen EU-Ländern und Kanada realisiert – den Hochschulbau bzw. die Reinvestitionen verstetigen: Hochschulbau und der Betrieb der Gebäude (facility management) ist erkennbar kein hoheitlicher Aktivitätsbereich im eigentlich Sinn und kann im Wege des Ausschreibungswettbewerbs effizient mit Hilfe von privaten Anbietern in Kooperation mit dem Staat erfolgen. Mehr Planungssicherheit für Studierende, Lehrende und Forschende kann somit im wichtigen Hochschulsektor Deutschland gewährleistet werden – der Start von einigen parallelen Modellprojekten wäre ein erster Einstieg, um Kosteneinsparungen bzw. Qualitätsverbesserungen im Hochschulbau langfristig zu erreichen. In Deutschland kann so ein Teil des bestehenden öffentlichen Investitionsstaus durch ein Mehr an privaten Innovationsprojekten – sie refinanzieren sich über periodische Nutzergebühren – abgearbeitet werden. Auch für die staatliche Haushaltsplanung bei Bund und Ländern entsteht via PPP mehr Vorhersehbarkeit und zudem ein Kostenvorteil.
3. Deutschland hat vielen Flüchtlingen über Jahre einen soliden Zufluchtsort geboten und auch materiell von Seiten von Bund, Ländern und Kommunen Mittel bereitgestellt. Oft wurden letztere durch breites Engagement von Mitbürgerinnen und Mitbürgern sehr wirksam ergänzt. Die Finanzleistungen für Flüchtlinge und junge Zuwanderer sollten nicht den Eindruck entstehen lassen, dass am anderen Ende der Alterspyramide keine besondere Anerkennung für hohe Lebensleistungen steht. Von daher ist bei guter staatlicher Haushaltslage daran zu denken, gerade langjährigen Beitragszahlern mit **Kleinrenten eine stufenweise Erhöhung um 50-100 Euro pro Monat zu geben**, zumal die Sozialtats wegen der weiter guten Beschäftigungsentwicklung einen bislang ungenutzten finanziellen Spielraum haben. **Auch das ist ein Teil von notwendiger sozialer Balance – zusammen mit einer Erhöhung des**

**Kindergeldes.** Bei anhaltendem Wirtschaftswachstum sollte durch staatliche und wirtschaftsseitige Maßnahmen sichergestellt werden, **dass auch die ärmsten Schichten reale Einkommenserhöhungen** verzeichnen. Das entspricht der **Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls**. Ein Mindestmaß an ökonomischer bzw. sozialer Kohäsion ist national und global für langfristige Stabilität wichtig. Weiterbildungsmaßnahmen für Qualifizierte wie Ungelernte gilt es im Interesse von Produktivitätsverbesserung und Innovation zu fördern.

4. **Innovationsaktivitäten von Individuen spielen für die langfristige Innovationsdynamik von modernen Gesellschaften eine wichtige Rolle** wie Eric von Hippel vom MIT, Cambridge (USA) gezeigt hat. Individuelle Kreativität und Vernetzung zu fördern, ist von daher gesellschaftlich wichtig: Unnötige Regulierungen gilt es daher zu vermeiden, insbesondere auch im Internet – gerade auch hier können einzelne außerhalb von Unternehmen und Universitäten besonders innovativ sein.
5. Wie alle Länder der Eurozone bzw. der EU hat Deutschland eine nationale und eine europäische Verantwortung. In diesem Zusammenhang sind seit 2011 – nach EU-Regeln, die die Mitgliedsländer vereinbarten, die Exportüberschüsse Deutschlands permanent zu hoch; bis nahe 9% in 2016, was ca. 2,5 Prozentpunkte über der Obergrenze von 6% lag. Eine **Senkung der Mehrwertsteuer um etwa 4 Prozentpunkte ist ein erwägenswerter Schritt in der Steuerpolitik, um die Kaufkraft gerade von Haushalten mit relativ geringem Einkommen zu stärken und die Importe aus EU-Partnerländern zu erhöhen; um die Schuldsituation stabil zu halten, sollte der Beitragssatz in der Rentenversicherung um 1 Prozentpunkt angehoben werden:** Damit kann man einen Kaufkraftgewinn von gut 1% für die Bevölkerung beim Konsum erreichen und zugleich den übermäßigen Exportüberschuss Deutschlands vermindern helfen; dabei steigen die Importe aus EU-Partnerländern. Bei erhöhten Exporten der EU-Partnerländer steigt dort das Bruttoinlandsprodukt verstärkt an (mit Senkungseffekt für die staatliche Schuldenquote), was wiederum dann auch die Exporte Deutschlands mittelfristig wieder erhöhen wird: Eine Win-win-Chance für Deutschland und seine Partnerländer in der Eurozone bzw. der EU. Ohne angemessene makroökonomische Modellierung kann man den Effekt einer budgetneutralen Mehrwertsteuersenkung für Deutschland nicht sinnvoll einschätzen. Immerhin gibt es aber von der DG ECFIN/Europäische Kommission durch den Diskussionsbeitrag von Vogel (2012, The Economic Impact of Structural Policies on External Accounts in Infinite-horizon and Finite-horizon Models, Economic Papers 474; analytisch besser wäre allerdings ein explizites Zwei-Länder-Modell mit Deutschland als Land I und Eurozonen-Partnerländer als Land II; wenig brauchbar ist eine BMWi-Modellierung, die einfach fünf Prozent Mehrwertsteuersatz-Senkung annimmt = Rückgang des Steueraufkommens um 1,8% des Bruttoinlandsproduktes, was den Exportüberschuss um 0,25% des BIP vermindert und zugleich die Schuldenquote langfristig massiv erhöht – Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 07/2017, S.14; siehe ergänzend zu Wachstumsaspekten von Mehrwertsteuersatzpolitik das EIIW paper 238) eine gute analytische Basis, die Dämpfungseffekte bei der Außenbeitragsquote auch für Deutschland im Fall einer Mehrwertsteuersenkung plus Erhöhung der Sozialversicherungsbeitragsätze erwarten lässt. Erhöhte öffentliche und private Investitionen können zur Minderung des sehr hohen deutschen Exportüberschusses ebenfalls beitragen. Die Sozialversicherungsbeitragsätze



sollten bei einer Mehrwertsteuersatzsenkung zwecks Begrenzung von Haushaltsdefiziten beim Staat bzw. der Sozialversicherung leicht erhöht werden; der Spitzensatz der Einkommenssteuer könnte – bei deutlicher Anhebung der Einkommensgrenze - ansteigen, während Abschreibungsverbesserungen bei Investitionen die private Investitionsquote ansteigen lassen. Eine strukturelle private Investitionsschwäche in Deutschland gibt es nach EIIW-Berechnungen (EIIW paper 215) nicht, soweit man die reale Investitionsquote betrachtet bzw. insbesondere die notwendige Berechnung der realen Investitionen im Bereich von IKT-Anlagen einbezieht – die verbreitete Verwendung einer nominalen Investitionsquoten-Betrachtung, die auf die nominalen Investitionen relativ zum nominalen Bruttoinlandsprodukt fokussiert, ist methodisch unangebracht: Das jahrzehntelange Sinken des Preisindikators für IKT-Investitionsgüter bedeutet, dass in realer Rechnung die IKT-Investitionen relativ zum realen Bruttoinlandsprodukt viel stärker angestiegen sind als eine Betrachtung nominaler Investitionsquoten zeigt. Bei der Gesamtinvestitionsquote für Deutschland ergibt allein die Berücksichtigung der IKT-Investitionen in realer Rechnung ein Plus von 2-Prozentpunkten (in den USA: ca. 3 Prozentpunkte). Wenn durch eine **„fiskalische Aufwertungspolitik“** (Mehrwertsteuersatzsenkung plus Erhöhung des Sozialversicherungs-Beitragssatzes, wobei ein 1%-Anstieg kaum beschäftigungsschädlich ist) Deutschland zu mehr Exportdynamik und Wachstum in den EU-Partnerländern beiträgt, werden mittelfristig dann auch Deutschlands Exporte stärker ansteigen und das Wachstum der Steuereinnahmedynamik gefestigt. Was den EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt angeht, so ist dieser teilweise wenig praktikabel, weil er ökonomische und politische Logik schlecht zusammen bringt. Die 3%-Defizit-Obergrenze könnte man abschaffen, wenn denn eine Schuldenbremse verbindlich in den nationalen Verfassungen der Länder der Eurozone verankert wäre. **Eine Schweizer Schuldenbremse in allen EU-Ländern als Verfassungselement wäre eine stärkere Bremse für eine hohe Defizitquote bzw. Schuldenquote als ein „verbesserter Stabilitäts- und Wachstumspakt“.** In der EU bzw. beim EU-Haushalt und einem künftigen Eurozonen-Haushalt sollte auch längerfristig eine Schweizer Schuldenbremse verankert sein. Unter diesen Bedingungen ist ein Euro-Parlament denkbar, dass eine erhöhte Staatsverbrauchsquote – mit Infrastrukturausgaben und Verteidigungsausgaben – gegenüber der Lage in 2017 realisiert. Eine schrittweise Einführung von Eurobonds auf der Brüsseler Politikebene wäre dann möglich, wobei die EU-Ebene bzw. die Eurozone langfristig eigene Steuereinnahmen haben sollte; bei insgesamt, dank Effizienzgewinnen, sinkender Staatsquote in der EU, was wiederum Möglichkeiten für langfristige Senkungen beim Gesamt-Einkommenssteuersatz bedeutet. **Es wäre auch möglich, in begrenztem Maß Eurobonds aufzulegen**, die nationale Anleihen von Euro-Ländern ersetzen, was Zinskosteneinsparungen und Möglichkeiten für mehr staatliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur oder aber Steuersenkungsmöglichkeiten bietet – **aber nur, wenn die betreffenden EU-Länder eine klare Schuldenbremse in der nationalen Verfassung zuvor verankert haben** (indirekt finden sich gute Argumente hierfür in einer frühen Euroland-Reflexion von Jeffrey Frankel).

6. Investoren aus China und vielen anderen Ländern der Welt – gerade auch aus Asien – sind in Deutschland und der EU aus ökonomischer Sicht willkommen. Allerdings ist es problematisch, wenn EU-Unternehmen als Direktinvestoren in China in vielen Sektoren vor großen Hürden und Begrenzungen bei Beteiligungen

und Übernahmen von Firmen stehen. Hingegen können chinesische Firmen in der EU fast unbeschränkt anderen Firmen übernehmen oder Beteiligungen erwerben. Dieser **großen Chancenasymmetrie zulasten der deutschen bzw. von EU-Unternehmen gilt es energisch entgegenzutreten: von China gilt es via EU ebenso unbeschränkte Übernahmemöglichkeiten für Firmen in China seitens deutscher bzw. EU-Investoren zu fordern** wie chinesische Firmen dies in Deutschland und anderen EU-Ländern in der Regel seit Jahren handhaben können. Europäischer Fortschritt kann auch in Kooperation mit Partnern in Asien entwickelt werden. Neben China und Indien als Handels- und Investitionspartner stehen die Freihandelsverhandlungen mit Japan und mit den ASEAN-Ländern im Blick des Interesses von ganz Europa.

7. Der wegen der Volksbefragung vom 23. Juni 2017 in Großbritannien anstehende EU-Austritt im März 2019 (voraussichtlich) ist ein Jahrhundertsschritt, der Europa nicht stärkt – dabei war die Cameron-Informationspolitik im Vorfeld des EU-Referendums sonderbar, da die Ergebnisse des Finanzministeriumsberichtes zu den Vorteilen der britischen EU-Mitgliedschaft in die 16seitige Regierungsbroschüre nicht Eingang fanden (dann wäre eine Mehrheit pro EU zu erwarten gewesen: siehe Paul Welfens, BREXIT aus Versehen; Heidelberg 2017a; An Accidental BREXIT, London 2017b). Bei den **BREXIT-Verhandlungen geht es um viele wichtige Punkte**, wie etwa die Sicherung des Aufenthaltsstatus für EU-Emigranten in Großbritannien und von britischen Bürgern in der Europäischen Union (sowie Fragen von UK-Beitragsverpflichtungen im Rahmen laufender EU-Projekte und von Ruhestandslasten für britische Mitarbeiter/innen bei der Europäischen Kommission). Bei den Fragen des Zugangs zum EU-Binnenmarkt wird es auch um Aspekte eines Zugangs britischer Banken zum Finanzbinnenmarkt der EU gehen, wobei im Interesse von Banken und Finanzmarktstabilität in der Europäischen Union bzw. der Eurozone auf die Aufrechterhaltung von angemessen strengen Bankenregulierungen zu achten ist. Die USA haben unter der Trump-Administration bereits Weichen für ein Rückdrehen der geschärften Bankenregulierung nach der Transatlantischen Bankenkrise – das war vor allem eine USA-UK-Bankenkrise – im Sommer 2017 gestellt; und das Vereinigte Königreich wird bei vermindertem Wirtschaftswachstum (absehbar nach dem BREXIT) eine Bankenderegulierung anstreben (wie es schon die Cameron-Regierung mit ihrem Protest gegen die EU-Bonusbegrenzungsregeln signalisiert hat). **Es droht ab 2019 durch eine US-UK-Deregulierungswelle ganz Europa bald unter neuen gefährlichen Lobby-Druck hin zu übermäßiger Banken-Destabilisierung zu geraten. Diesem Risiko für die Finanzmarktstabilität und auch die Stabilität der Realwirtschaft – letztlich des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung – gilt es in den BREXIT-Verhandlungen 2017/2018 energisch dadurch entgegen zu treten, dass die EU von Großbritannien auch künftig eine gemeinsame Banken- bzw. Finanzmarktregulierung fordert:** diesen Punkt also in europäischer Verantwortung in die EU-UK-Verhandlungen zum künftigen britischen Binnenmarktzugang einbringt. Wenn im EU-UK-Vertrag hierzu keine Vereinbarung erzielt werden könnte, wird man wohl überhaupt keinen Austrittsvertrag hibekommen; seitens der EU sollte man hier einen Nicht-Vertrag als Option im Notfall erwägen – zu groß waren die volkswirtschaftlichen Verluste in der EU in der Bankenkrise 2007-09, die wohl über 700 Mrd. € bzw. 3% des EU-Bruttoinlandsproduktes betrug (siehe zur Absenkung der Expansionspfade des Einkommens in der Eurozone den Anhang). Eine schwere

neue Bankenkrise in Europa bzw. im Westen würde die Wirtschaft, die Alterssicherungssysteme, die Demokratie und das Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung ganz erheblich beschädigen. Deutschland hat mit seinen EU-Partnern ein großes Interesse daran, dass die Soziale Marktwirtschaft in Europa und weltweit gestärkt wird. Nur dann kann auch die Globalisierung der Wirtschaft weiter gehen.

8. Globalisierung der Wirtschaft braucht Regeln und Internationale Organisationen sind hierbei sehr wichtig. Das **Netzwerk der Internationalen Organisationen für einen multilateralen Interessenausgleich zu stärken**, ist im Interesse Deutschlands. „To make the small big and the big civilized“ (Kleine Länder groß zu machen und die großen über Regeln zu zivilisieren) heißt es in den Worten des WTO-Generalsekretärs Roberto Azevêdo in einer Rede 2016 – ein kluger Satz zur Rolle der Verantwortung bzw. des Multilateralismus. In einer globalisierten Weltwirtschaft sind handlungsfähige internationale Organisationen unerlässlich, um Globalisierungsregeln durchzusetzen und denkbare internationale Interessenkonflikte effizient friedlich zu lösen. Bilateralismus – und auch Protektionismus wie ihn die Trump-Administration signalisiert hat - ist keine Basis für langfristige Zusammenarbeit. Gerade die EU steht in vielen Punkten für erfolgreichen multilateralen Interessenausgleich auf Basis von Demokratie, Sozialer Marktwirtschaft und Rechtsstaat. Angesichts der **mit Blick auf Rechtsstaats- und Demokratiefragen sehr problematischen Entwicklungen in Polen und Ungarn** wird man einerseits erwarten, dass sich die Öffentlichkeit bzw. der politische Wettbewerb in diesen Ländern selbst mit den teilweise sehr kritischen Entwicklungen etwa beim Abbau der Gewaltenteilung befasst. **Die EU selbst kann aber auch ein Rechtsstaatsverfahren gegen Polen und Ungarn gleichzeitig in Gang setzen, so dass Ungarn wohl nicht in der Lage wäre, ein EU-Verfahren gegen Polen zu stoppen** (oder Polen mit einem Veto das EU-Verfahren gegen Ungarn stoppen kann). Auch wenn das bisher einzige EU-Rechtsstaatsverfahren gegen Österreich wenig erfolgreich war – als die FPÖ in Wien mit an der Macht war -, mag ein gleichzeitiges Verfahren gegen Polen und Ungarn zu einem geeigneten Zeitpunkt ein klares Signal aus Brüssel sein, dass Demokratie-Rechtsstaat-Marktwirtschaft energisch institutionell in kritischer Situation verteidigt werden. Die EU könnte die Venedig-Kommission (Verfassungsexperten) des Europa-Rates hier aktivieren; zudem kann diese Kommission bei einer sinnvollen Verfassungsreform in Griechenland – sie ist dringend notwendig, wenn neue Griechenland-Probleme in bekannter Form vermieden werden soll – aktiviert werden. **Die EU selbst bedarf insgesamt klarer Reformen und dabei auch einer erhöhten Staatsquote in Brüssel: mit Schwerpunkten in den Bereichen Infrastruktur, Verteidigung und erste sechs Monate Arbeitslosenversicherung**, was mit Blick auf letztere der ökonomischen Logik verstärkter Synchronisierung der nationalen Konjunkturzyklen entspräche. Nicht enthalten sein sollte dabei die Jugendarbeitslosigkeit, für die nationale Regierungen mit ihren jeweils eigenständig gesetzten Mindestlöhnen die Hauptverantwortung tragen. Gemäß den Analyseergebnissen der Forschungsgruppe Wahlen besteht bei der bisherigen institutionellen Architektur und Ausgabenstruktur der EU das Problem, dass die Wählerschaft keine klaren Vorstellungen der Rolle der EU hat – daraus ergibt sich bei Europawahlen eine relativ große Neigung, radikale Parteien zu wählen bzw. auszuprobieren: Mit der bisherigen 1%-Staatsverbrauchsquote in Brüssel ist die EU budgetmäßig zu klein, um von den



Wählerinnen und Wählern klar mit wichtigen Verantwortlichkeiten wahrgenommen zu werden. **Eine statische Sicht des Subsidiaritätsprinzips ist verfehlt und politisch für Europa destabilisierend.** Mit einer erhöhten sinnvollen Staatsquote in Brüssel – mit Effizienzgewinnen auf der Ausgabenseite, die insgesamt eine leichte Absenkung der Staatsquote über alle Politikstufen erlaubt: also auch eine Steuersatzsenkung – wird sich der politische Wettbewerb intensivieren (das erfordert in Deutschland auch ein Übergehen auf echte Wahlkreise bei Europa-Wahlen) und das erhöht dann die Effizienz der Politikprozesse zum Nutzen der Bürger.

9. Eine **europäische und globale Soziale Marktwirtschaft** ist denkbar und wünschenswert. Im Rahmen der **G20 sind in künftigen Verhandlungen, bzw. Treffen Mindeststeuersätze** für Gewinne und Einkommen zu fordern – und das Thema Klimapolitik-Fortschritte weiter zu betonen. Die OECD-Regeln zur Steuerhinterziehung sind unzureichend, solange es nicht auf G20-Ebene einen Konsens über angemessene Mindeststeuersätze gibt. Für Stabilität im 21. Jahrhundert in Sozialen Marktwirtschaften bedarf es einer soliden Finanzgrundlage. Diese ist gefährdet, wenn die effektiven Steuersätze bei den Tochterfirmen von Multis systematisch kleiner sind als für normale mittelständische Firmen – bei einer absehbaren weiteren Expansion der multinationalen Unternehmen in der Weltwirtschaft droht eine langfristige Erosion der Steuerbasis, die die Finanzierung vernünftiger Bildungs- und Sozialsysteme in Deutschland und Europa gefährdet. **Ein vernünftiges Sozial- bzw. Gesundheitssystem bringt mehr Lebenserwartung und geringere Kindersterblichkeit: Bislang ist die Säuglingssterblichkeit in Deutschland und Frankreich sowie vielen anderen EU-Ländern geringer und die Lebenserwartung rund zwei Jahre höher als in den USA.** Das ist ein europäischer sozialer Fortschritt, der auch durch sinnvolle Vorsorgepolitik bzw. gute staatliche Gesundheitssysteme und breit aufgestellte moderne Krankenversicherungssysteme erreicht worden ist. Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsmodell gilt es in Europa zu verteidigen und weiterzuentwickeln; auch auf globaler Ebene gilt es, sich für eine vernünftige Soziale Marktwirtschaft einzusetzen. Diese Wirtschaftsordnung setzt im Übrigen auf ehrliche Preise (bzw. die Internationalisierung negativer externer Effekte): **Hier hat in Deutschland der Atomstrom ein klares Existenz-Problem, da ein GAU als unversicherbar gilt – die Marktwirtschaft bzw. der Versicherungssektor sagt faktisch ein Nein zur Atomkraft. Atomkraftwerke in Deutschland sind mit 2,5 Mrd. € als Minimum zu versichern, was etwa 1/2000 der Kosten eines Größten anzunehmenden Unfalls ausmacht; die jetzige Mini-Haftpflicht ist eine unangemessen Versicherungs- bzw. Risikoprivilegierung der Atomkraft, die den Wettbewerb mit den Erneuerbaren Energien verzerrt.** Niemand darf in Deutschland Auto fahren, der nur seinen rechten Kotflügel in der Haftpflicht versichern wollte – gäbe es umfassende Atomkraft-Versicherungsvorgaben (mindestens 500 Mrd. €, was der Fukushima-Unfall-Rechnung langfristig entsprechend dürfte), so wäre Atomstrom viel teurer als bisher bzw. erneuerbare Energien wären relativ billiger und könnten schon lange ohne staatliche Subventionierung auskommen. Das Bundesministerium der Finanzen ist für sehr langjährige ordnungspolitische Fehlweichenstellungen hier verantwortlich, die verquere Brennelementesteuer des Finanzministeriums ist durchaus nicht überraschend vom Bundesverfassungsgericht in 2017 verworfen worden. Mit einer von daher vom Finanzministerium zu leistenden Rückerstattung von über 6

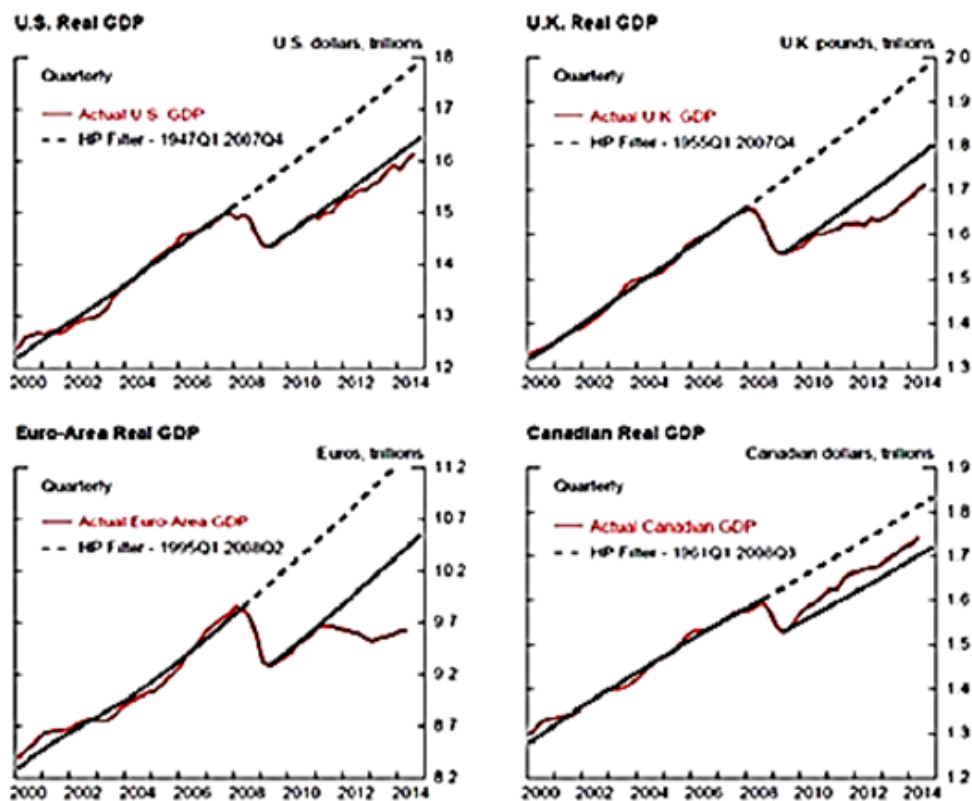
Milliarden € hat dieses faktisch pro Haushalt mehr als 100 € an die Atomstromkonzerne im Sommer 2017 gezahlt.

- 10. Digitale Modernisierungspolitik sollte in Deutschland und in der EU energischer umgesetzt werden. Die Politik-Geschwindigkeit ist bei der hochtaktrativen Internetpolitik viel zu langsam.** Die offensichtliche Unwilligkeit der Politik des Bundes und der Länder, mehr Experimentierfreiheit für digitale neue Universitäten zu gewähren und umfassend Gelder in Massive Open Online Courses zu investieren bzw. hierfür vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen, ist im Vergleich zu den USA und der Schweiz erschreckend, in manchen Feldern liegt man in Deutschland digital hinter China und einigen EU-Ländern zurück (z.B. mobiles Bezahlen). Zugleich hat die EU in einem anderen wachstumsrelevanten Feld, der Kapitalmarktunion, bislang wenig Fortschritte vorzuweisen (s. WELFENS/KADIRIC, 2017), wobei man hier ohnehin hinter den USA liegt; und möglicherweise mittelfristig auch hinter China.

Deutschland und Europa könnten durch Elemente moderner Wirtschaftspolitik mehr Stabilität und Wachstum sowie eine bessere soziale Balance erreichen. Dabei bleiben im Übrigen eine Reform der EU-Institutionen und eine intensiviertere Politikkooperation in Europa und weltweit eine grundlegende Herausforderung. Zu Pessimismus besteht kein Anlass, die Länder der EU sind aufgefordert, gemeinsam ein Mehr an sinnvoller Integration mittelfristig zu sichern und im Einzelfall institutionelle Abläufe und Verfahren einfacher und transparenter bzw. bürgerfreundlicher auszugestalten. **Soziale Marktwirtschaft ist als ordnungspolitische Konzeption grundsätzlich national und in der EU sehr leistungsfähig** – zu vielen Punkten kann man zahlreiche Einsichten hierzu in nationalen und europäischen Beiträgen nachvollziehen. Es sei exemplarisch auf Projektbeiträge am EIIW/Jean Monnet-Lehrstuhl Prof. Welfens ([www.eiiw.eu](http://www.eiiw.eu)) sowie auf die umfassende Beiträge für Unterrichtsformate auch an Schulen bei der Schweizerischen Nationalbank verwiesen (<https://www.iconomix.ch/>). **Soziale Marktwirtschaft als Konzeption kann ein wesentliches institutionelles Exportprodukt gerade der Bundesrepublik Deutschland Richtung Partnerländer in Afrika sein** – hier bestehen von verfassungsrechtlichen über ordnungspolitische Fragen und praktische Maßnahmen der Wirtschaftspolitik zahlreiche Herausforderungen. Im Rahmen **digitaler Informations- und Vernetzungskonzepte** kann man hier in sich entwickelnden Länder mit zunehmender Verfügbarkeit mobilen Internets innovative Transfer-, Erklärungs- und Anwenderkonzepte seitens der EU-Länder für interessierte Partner zur Verfügung stellen und auch zu mehr Wachstum und Wohlstand in Afrika beitragen. Mehr **Städte- und Infrastrukturpartnerschaften in Nord-Süd-Richtung sind wünschenswert** und möglich. Die geordnete **Realisierung der obigen 10 Punkte** kann Deutschland und die Eurozone bzw. die EU nachhaltig stabilisieren, zu mehr Wachstum, Jobs und staatlicher Finanzierungsstabilität sowie stabilem Bankensystem beitragen: Kurz die Qualität der Institutionen und des Wirtschaftswachstums erhöhen – die ökonomischen und sozialen Perspektiven für Deutschland und Europa verbessern.

## Anhang: Absenkung im Niveau des Wachstumspfades nach der Bankenkrise

### Trajectories of real GDP



Quelle: Pichelmann, K. (2015), When ‘Secular Stagnation’ meets Piketty’s capitalism in the 21st century. Growth and inequality trends in Europe reconsidered, DG ECFIN, Economic Papers 551, June 2015, Brussels, S.5.

## **Literatur:**

- PICHELMANN, K. (2015), When ‘Secular Stagnation’ meets Piketty’s capitalism in the 21st century. Growth and inequality trends in Europe reconsidered, DG ECFIN, Economic Papers 551, June 2015, Brussels.
- VOGEL, L. (2012), The Economic Impact of Structural Policies on External Accounts in Infinite-horizon and Finite-horizon Models, Economic Papers 474
- WELFENS, P.J.J.; IRAWAN, T.; PERRET, J.K. (2016), True Investment-GDP Ratio in a World Economy with Investment in Information & Communication Technology, EIIW Discussion Paper 215
- WELFENS, P.J.J. (2017a), BREXIT aus Versehen – Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU, Wiesbaden: Springer
- WELFENS, P.J.J. (2017b), An Accidental Brexit - New EU and Transatlantic Economic Perspectives, London: Palgrave Macmillan
- WELFENS, P.J.J.; Kadiric, S. (2017), Neuere Finanzmarktaspekte von Bankenkrise, QE-Politik und EU-Bankenaufsicht, EIIW Discussion Paper 239
- WELFENS, P.J.J. (2017), Foreign Financial Deregulation under Flexible and Fixed Exchange Rates, EIIW Discussion Paper 238